

N i e d e r s c h r i f t

über die 11. Sitzung des Kreistages
am Montag, den 15.02.2016 (öffentlicher Teil)

Sitzungsbeginn: 14:00 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Ort: Landratsamt Saale-Orla-Kreis, Neubau, Konferenzsaal 237,
Oschitzer Str. 4, 07907 Schleiz,

Anwesenheit:

Anwesend: Landrat
Fügmann, Thomas

Beigeordnete(r)
Hauck, Jürgen

Fraktion der CDU
Detko, Lothar (bis 18:35 Uhr)
Franke, Thomas
Gersdorf, Katrin
Gruhner, Stefan
Hanna, Allam Dr. med.
Martin, Leila
Modde, Michael
Peißker, Gabriele
Poßner, Wolfgang
Sachse, Carsten
Schübel, Jan
Smailes, Sandra (bis 17:55 Uhr)
Steffen, Berthold
Völlm, Arnfried Dr.
Wetzel, Siegfried
Zapf, Marcel

Fraktion der SPD
Feike, Anette
Fröhlich, Lars (bis 15:45 Uhr)
Kanis, Regine
Kleebusch, Enrico
Klimpke, Juergen K.
Oppel, Peter
Wohl, Rüdiger

Fraktion Die LINKE

Fleischmann, Hannelore
Kalich, Ralf
Knüpfer, Dieter
Lukas, Almut
Möller, Klaus
Pechtl, Klaus (bis 17:55 Uhr)
Rebelein, Dieter Dr.
Schlupeck, Gunter
Weithase, Helga

Fraktion der UBV

Kleindienst, Wolfgang
Militzer, Bernd
Querengässer, Gerd
Scheffczyk, Andreas

FDP

Borchardt, Alf-Heinz
Ortwig, Volker

SIP

Truschzinski, Constanze

Mitarbeiter der Kreisverwaltung

Bauer, Jens
Butz, Regina
Danzer-Nitsch, Inge
Ewert, Sigrid
Freund, Andreas
Frotscher, Dagmar
Henze-Rippin, Gabriele
Heynisch, Jens
Hornfeck, Sabine
Jahn, André
Kanz, Anke
Keller, Nils
Krasser, Ines
Nitsch, Michael
Pasold, Sylke
Pelke, Ralf
Porst, Sybille
Rau, Elisabeth
Roßner, Franziska
Schemmrich, Sabine
Siegmund, Michael
Walther, Carmen
Weiß, Sandra
Wetzel, Jessica
Zwingelberg, Uwe

Entschuldigt:

Fraktion der CDU

Schugens, Gottfried (persönliche Gründe)

Timmler, Christine (krank)

Weidermann, Thomas Dr. (dienstliche Gründe)

Fraktion der SPD

Seidel, Marco (krank)

Fraktion Die LINKE

Hofmann, Thomas (krank)

Fraktion der UBV

Heidrich, Lutz (krank)

Weigelt, Thomas (Urlaub)

Schriftführerin: Beate Eismann

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Kreistages am 23.11.2015
(öffentlicher Teil)
2. Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 14.12.2015
(öffentlicher Teil)
3. Weiterführung des Schulprojektes zur "Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule auf Basis von Erprobungsmodellen"
Vorlage: KT/042/2016
4. Erklärung des Kreistages zur Asyl- und Flüchtlingspolitik
Vorlage: AN/028/2016
5. Anträge
- 5.1. Informationen zu Veränderungen bei der Schülerbeförderung im Schuljahr 2015/2016
Vorlage: AN/023/2016
- 5.2. Antrag auf Erfassung des Investitionsbedarfs der Schulen des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: AN/024/2016
- 5.3. Antrag auf Wiedereinführung von Einzugsbereichen für Grund- und Regelschulen
Vorlage: AN/025/2016
- 5.4. Antrag auf Aussprache zum Stand der Schadensregulierung beim Radweg Burgk-Walsburg
Vorlage: AN/026/2016
- 5.5. Haushalt 2016 - Jugendpauschale
Vorlage: AN/027/2016
- 5.6. Kommunale Koordinierung von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte
Vorlage: DV/005/2016
6. Zweite Lesung des Haushaltsplanes des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2016
7. Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: KT/043/2016
8. Beschlussfassung über den Finanzplan des Saale-Orla-Kreises mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015-2019
Vorlage: KT/044/2016

9. Wahl eines Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Saale-Orla
10. Benennung einer(s) Demografie- und Generationsbeauftragten des Saale-Orla-Kreises
11. Information Sachstand Asyl
12. Informationen/Sonstiges
13. Anfragen

Der Landrat eröffnet die 11. Sitzung des Kreistages und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages des Saale-Orla-Kreises fest.

Vom Landrat wird vorgeschlagen, den als Tischvorlage ausgegebenen gemeinsamen Antrag „Kommunale Koordinierung von Bildungsangeboten für Neuzugewanderte“ (DV/005/2016) der CDU-SPD-Koalition als Dringlichkeitsvorlage unter TOP 4.6. aufzunehmen.

Zur Begründung der Dringlichkeit wird von Herrn Gruhner Bezug genommen auf die Frist bis 01.03.2016 zur Beantragung der Fördermittel.

Der Aufnahme des Antrages wird **mehrheitlich** (mit 5 Gegenstimmen) zugestimmt.

Aufgrund der Relevanz des Themas wird von Herrn Kleebusch vorgeschlagen, die „Gemeinsame Erklärung des Kreistages zur Asyl- und Flüchtlingspolitik“ (AN/028/2016) vorzuziehen auf TOP 4.

Diesem Vorschlag zur Änderung der Tagesordnung wird **mehrheitlich** (mit 8 Gegenstimmen) zugestimmt.

Zu TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die 9. Sitzung des Kreistages am 23.11.2015 (öffentlicher Teil)

Wortmeldungen zum Inhalt der Niederschrift gibt es nicht.

Die Mitglieder des Kreistages fassen

**mehrheitlich
bei 2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 9. Sitzung des Kreistages am 23.11.2015 (öffentlicher Teil).“

111-11/2016

Zu TOP 2 Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 14.12.2015 (öffentlicher Teil)

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift erfolgen nicht.

Die Mitglieder des Kreistages fassen

**mehrheitlich
bei 1 Stimmenthaltung**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises genehmigt die Niederschrift über die 10. Sitzung des Kreistages am 14.12.2016 (öffentlicher Teil).“

112-11/2016

**Zu TOP 3 Weiterführung des Schulprojektes zur "Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule auf Basis von Erprobungsmodellen"
Vorlage: KT/042/2016**

Zusammenfassend wird vom Landrat auf die Gründe zur Entscheidung der Beteiligung am Modellprojekt sowie die positive Entwicklung der Horte in den vergangenen Jahren hingewiesen. Mit Feststehen der Entscheidung wird das Personal zum Schuljahresende in die Verantwortungshoheit des Landes zurückgenommen. Die Option einer Fortführung oder freiwilligen Aufgabenübernahme ist nicht mehr gegeben. Auf zu erwartende Probleme durch die getrennten Verantwortlichkeiten des Landes bzw. Landkreises wird aufmerksam gemacht. Seitens des Landrates wird um Unterstützung des Kreistages zu seiner Beauftragung für Verhandlungen hinsichtlich einer Fortführung unter Maßgabe einer auskömmlichen Finanzierung geworben.

Unter Hinweis auf Vorteile der Gemeinsamkeit von Hort und Schule wird von Herrn Scheffczyk die Entscheidung der Landesregierung im Sinne der UBV-Fraktion gesehen, die keiner weiteren Verhandlungen bedarf.

Von Herrn Gruhner wird hinsichtlich der Entscheidungsbekanntgabe ein mangelnder Informationsfluss des Ministeriums gegenüber den Landkreisen angeführt. Eine Einbeziehung des Landtages hat nicht stattgefunden. Das momentane System wird als bewährt gesehen, wesentliche Vorteile genannt und auf die Befürchtungen der Erzieherinnen hingewiesen. Für die Fraktion Die LINKE spricht sich Herr Dr. Rebelein aufgrund einer erforderlichen Beendigung des über Jahre geführten Modellprojektes bzw. der vorliegenden Entscheidung über die Modalitäten gegen die Beauftragung des Landrates aus.

Auf die Nachfrage von Frau Truschzinski zu Auswirkungen auf den Haushalt wird vom Landrat mitgeteilt, dass es sich bei den Personalkosten um eine Refinanzierung durch das Land handelt, die dann entfallen würde.

Von Herrn Scheffczyk wird für die angeführte positive Bewertung der Beteiligten um Vorlage von Belegen gebeten. Eine Kostendeckung der Refinanzierung ist aus seiner Sicht nicht gegeben und damit ein jährliches Defizit in dieser HH-Stelle vorhanden.

Frau Kanis kommt 14:30 Uhr.

Durch Frau Gersdorf wird über die im Bildungsausschuss erfolgte Diskussion mit einer mehrheitlichen Empfehlung zur Beschlussfassung informiert.

Zwischen Herrn Kleindienst und Herrn Gruhner wird die Verantwortung der Landesregierung bzw. deren Vorgänger diskutiert.

Von Herrn Klimpke wird sich mit den positiven Erfahrungen bzw. zur Schaffung von Kontinuität für eine Fortführung des Modellprojektes ausgesprochen. Auf den Hinweis, dass für diesen konkreten Fall keine Einbringung in den Kreistag erforderlich ist, wird vom Landrat auf die gefassten KT-Beschlüsse zur Beteiligung verwiesen.

Durch Herrn Oappel wird der **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Diskussion** gestellt.

Von Frau Kanis wird erklärt, dass dem Optionsmodell nach Prüfung der Juristen nicht stattgegeben wurde bzw. kein Vorschlag für eine diesbezügliche Problemlösung vorliegt. Aus ihrer Sicht ist ausschlaggebend, dass die ungeklärte Situation für die Hortnerinnen sowie den Haushalt entschieden ist. Als maßgeblich für die Eltern wird die Qualität der Arbeit gesehen.

Dem **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte** wird von den Kreistagsmitgliedern **mehrheitlich** zugestimmt.

Die Mitglieder des Kreistages fassen

**mehrheitlich
bei 11 Gegenstimmen
und 3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beauftragt den Landrat, mit dem Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport Verhandlungen aufzunehmen, um das Projekt zur ‚Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule auf Basis von Erprobungsmodellen‘ weiterzuführen.

Ziel der Verhandlungen soll die Sicherstellung einer auskömmlichen Finanzierung sein.“

113-11/2016

**Zu TOP 4 Erklärung des Kreistages zur Asyl- und Flüchtlingspolitik
Vorlage: AN/028/2016**

Auf den Hinweis von Herrn Kleindienst, dass zwei unterschiedliche Dokumente vorliegen, wird vom Landrat informiert, dass eine Überarbeitung erfolgt ist und die aktuelle Version als Tischvorlage vorgelegt wurde.

Ausführlich wird von Herrn Kleebusch die aktuelle Bedeutung dieses gesellschaftlichen Themas, dass die Bevölkerung stark beschäftigt, dargestellt. Auf Schwerpunkte, die aus Sicht der Koalition eine Handlungspflicht der Kommunalpolitik erfordern bzw. den in der Erklärung zur Asyl- und Flüchtlingspolitik aufgeführten Ansprüchen, wird detailliert hingewiesen.

Von Herrn Militzer wird deutlich gemacht, dass seitens der UBV-Fraktion keine Vereinheitlichung der politischen Meinungen der Kreistagsfraktionen gewollt ist und dem Antrag keine Zustimmung gegeben wird.

Für die Fraktion Die LINKE wird sich von Herrn Dr. Rebelein dafür ausgesprochen, in die Vorbereitung einer gemeinsamen Erklärung alle Fraktionen rechtzeitig einzubeziehen. Als schnelles Ergebnis wird die Aufmachung von Forderungen gesehen, deren Konsequenzen aber keine Lösungsansätze gegenüberstehen. Von der Fraktion Die LINKE wurde aufgrund dessen ein Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag erarbeitet.

Bezugnehmend auf die bestehenden intensiven Diskussionen mit einer teilweisen Überschreitung des Kritikmaßes werden von Herrn Gruhner die Kreistagsmitglieder aufgefordert, als demokratische Parteien Position zu beziehen bzw. als Mandatsträger Verantwortung wahrzunehmen.

Da es sich im vorliegenden Fall um Probleme der Bundespolitik handelt, wird von Herrn Querengässer der **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte** gestellt.

Weitere umfangreiche ablehnende Argumente werden von Herrn Kleindienst, Frau Truschzinski, Herrn Scheffczyk und Herrn Kalich angeführt.
Dem **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte** wird **mehrheitlich** zugestimmt.

Der Änderungsantrag der Fraktion Die LINKE hinsichtlich einer Erklärung des Kreistages zu einer humanitären Asyl- und auf Integration setzenden Flüchtlingspolitik wird von den Mitgliedern des Kreistages **mehrheitlich** (bei 10 Ja-Stimmen, 24 Gegenstimmen) abgelehnt.

Die Mitglieder des Kreistages fassen zum gemeinsamen Antrag laut der Tischvorlage

**mehrheitlich
bei 14 Gegenstimmen
und 2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt folgende **Erklärung des Kreistages zur Asyl- und Flüchtlingspolitik**:

- I. Aufgrund von Krieg und Terror sind weltweit Millionen von Menschen auf der Flucht. Seit Monaten suchen auch im Saale-Orla-Kreis hunderte Menschen Zuflucht. Diese Entwicklung stellt die größte Herausforderung seit der Deutschen Einheit dar und treibt die Menschen im Saale-Orla-Kreis besonders um. In dieser gesellschaftlichen Diskussion werden in einem breiten Meinungsspektrum viele Standpunkte, Erwartungen, Chancen, Sorgen bis hin zu Ängsten geäußert. In der Demokratie ist für eine breite, offene und sachliche Debatte immer Platz. Wichtig ist, dass wir uns als Gesellschaft nicht in zwei Lager spalten lassen. Mitmenschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen zu üben und zugleich einen kritischen Blick auf die Bewältigung dieser Herausforderung zu werfen, sind zwei Seiten einer Medaille. Politik und Verwaltung jetzt das Vertrauen zu entziehen, ist jedoch keine Lösung. Es ist keine Lösung, wenn bei Demonstrationen Angst und Ablehnung gegen den Staat, gegen Medien und gegen Flüchtlinge gepredigt werden. Dadurch wird nichts besser. Die Antwort auf das, was wir jetzt bewältigen müssen, liegt nicht auf der Straße. Die Antwort liegt nur in einem konstruktiven Miteinander der verschiedenen Akteure in Politik, Verwaltung und Gesellschaft.
- II. Der Kreistag dankt deshalb allen hauptamtlich und insbesondere ehrenamtlich engagierten Menschen vor Ort, die sich für die Flüchtlinge in unseren Städten und Gemeinden einbringen. Diese wichtige Arbeit vor Ort werden wir als Vertreter des Saale-Orla-Kreises auch weiterhin unterstützen.

- III. Der Kreistag bekennt sich dazu, dass alle staatlichen Ebenen ihren Beitrag leisten müssen, um die Flüchtlingszahlen spürbar zu reduzieren, damit wir weiterhin die Kraft haben, denen zu helfen, die als Kriegsflüchtlinge Hilfe benötigen.
- IV. Der Kreistag unterstützt die Bestrebungen, die bleibeberechtigten Flüchtlinge, schnell in die Kommunen zu verteilen, um eine zügige Integration gewährleisten zu können. Antragsteller mit unbegründetem Asyl- und Fluchtgründen - insbesondere aus sicheren Herkunftsländern - sollen durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in die Kommunen verteilt werden.
- V. Der Kreistag fordert von der Landesregierung, dass bei nicht Vorliegen stichhaltiger Asylgründe die Abschiebungen der betreffenden Personen umgehend vollzogen werden. Unter Beachtung der Menschenrechte soll die Rückkehr in die Heimat unter Nutzung aller rechtlichen Mittel schnellstmöglich erfolgen.
- VI. Der Kreistag fordert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge(BAMF) eine schnelle Bearbeitung sowie einen zügigen Abschluss aller anstehenden Asylverfahren.
- VII. Der Kreistag fordert die Bundesregierung auf, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge(BAMF) derart auszustatten, dass die Registrierung der Flüchtlinge und die Entscheidungen über ein Bleiberecht viel schneller erfolgen kann. Die Verfahren zur freiwilligen Ausreise oder zur Rückführung der abgelehnten Asylbewerber in ihre Heimatländer kann somit zügig abgeschlossen, die Ausländerbehörden entlastet und die Ausreise besser organisiert werden.
- VIII. Der Kreistag fordert, dass für die übertragenen Aufgaben der Versorgung, Unterbringung, Integration und notwendigen Rückführung von Flüchtlingen die Landkreise und Gemeinden (z.B bei Kindergärten) eine 100% Übernahme der entstehenden Kosten erhalten. Alle im Zuge der Flüchtlingskrise resultierenden Kosten sind ausschließlich von Bund und Land zu tragen. Eine Finanzierung durch eine diesbezügliche Erhöhung der Kreisumlage wird vom Kreistag abgelehnt.
- IX. Der Kreistag unterstützt eine aktive Integrationsarbeit. Die Voraussetzungen zur schnellen Integration - die für unsere Land, gerade im Hinblick auf demografische Entwicklungen oder der Unterbesetzung von Ausbildungsstellen, eine Chance bedeuten kann - müssen geschaffen werden. Integration bedingt ein Aufeinanderzugehen von beiden Seiten. Einerseits kann die heimische Bevölkerung durch den Kontakt mit Asylbewerbern unberechtigte Ängste abbauen. Andererseits sind die Asylbewerber ebenfalls verpflichtet die in Deutschland geltenden Rechte und Bestimmungen einzuhalten. Besonders in der Schule sind die Elternhäuser in der Sensibilisierungspflicht, um die Basis für eine gelungene Integration der Kinder zu schaffen.
- X. Verstöße gegen die Deutsche Rechtsordnung sind konsequent zu ahnden und gegebenenfalls sind die betreffenden Personen abzuschicken.
- XI. Der Kreistag fordert von Ausländern und Asylbewerbern, die sich in unserem Land aufhalten, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland sowie die Gesetze unseres Landes zu achten und strikt einzuhalten. Unsere Werte und

Traditionen müssen respektiert und geachtet werden. Sie sind, wie beispielsweise die Meinungs- und Religionsfreiheit sowie die Gleichberechtigung von Mann und Frau nicht verhandelbar. Wir sprechen uns zudem entschieden gegen die Vollverschleierung im öffentlichen Raum aus.

- XII. Der Kreistag fordert eindringlich den Schutz der Deutschen und Europäischen Grenzen. Illegaler Grenzübertritt ist entschieden zu ahnden.“

114-11/2016

Herr Fröhlich geht 15:45 Uhr.

Pause: 15:45 – 16:20 Uhr

Zu TOP 5 Anträge

**Zu TOP 5.1 Informationen zu Veränderungen bei der Schülerbeförderung im Schuljahr 2015/2016
Vorlage: AN/023/2016**

Von Herrn Scheffczyk wird wie beantragt aufgrund der vorgenommenen Straßenumwidmungen insbesondere mit Blick auf zu erwartende Kostenänderungen für den ÖPNV durch geänderte Schülerbeförderungen bzw. einer erfolgten Beteiligung der Schulkonferenzen um entsprechende Informationen gebeten.

Durch den Landrat sowie Herrn Hauck werden in den erfolgten Abstufungen keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Schülerbeförderung bzw. auch keine Kostenerhöhung gesehen. Zur Erläuterung wird auf einzelne Beispiele Bezug genommen
Eine Beratung zur Kreisstraßennetzkonzeption wird vorgeschlagen, auf die Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaft, Landwirtschaft und Regionalplanung zu nehmen.

**Zu TOP 5.2 Antrag auf Erfassung des Investitionsbedarfs der Schulen des Saale-Orla-Kreises
Vorlage: AN/024/2016**

Als Begründung für den Antrag wird von Herrn Scheffczyk auf die Erfassung des Bedarfes sowie die notwendigen Planungen für die Investitionen an den Schulen des Saale-Orla-Kreises verwiesen.

Im Beschlusstext wird gebeten, das Datum für die Vorlage der Übersicht zu korrigieren auf 25.04.2016.

Unter Hinweis auf die vorhandene Aufstellung aller erforderlichen Maßnahmen wird sich vom Landrat gegen den Antrag ausgesprochen. Durch die FDe ZLM und Schulverwaltung werden jährlich die notwendigen Investitionen erfasst und in einer Übersicht, die aber keine Prioritätenliste ist, dargestellt. Ebenfalls wird mit Blick auf den Haushalt darauf verwiesen, dass der erfasste Bedarf nicht in jedem Fall umsetzbar ist. Die für die Durchführung im HH-Jahr 2016 aktualisierte Liste wird vorgeschlagen in den Ausschüssen entsprechend zu beraten.

Die Schwierigkeit vorab Festlegungen zu einzelnen Maßnahmen zu treffen und im Haushalt zu verankern wird von Frau Kanis, Herrn Borchardt und Herrn Dr. Rebelein bestätigend anerkannt und sich für eine Antragsablehnung ausgesprochen.

Von Herrn Scheffczyk und Herrn Kleindienst werden auf der UBV-Fraktion vorliegende Informationen hinsichtlich notwendiger Instandsetzungen hingewiesen. Es wird eine entsprechende Abfrage der Schulkonferenzen vorgeschlagen und angekündigt, dass im Fall, dass dies abgelehnt wird, die UBV-Fraktion einen entsprechenden Abruf bei den Schulen starten will.

Die Mitglieder des Kreistages lehnen den Antrag der UBV-Fraktion

**mehrheitlich bei
5 Ja-Stimmen und
7 Stimmenthaltungen**

ab und fassen somit folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der UBV-Fraktion AN/024/2016 (Antrag auf Erfassung des Investitionsbedarfs der Schulen des Saale-Orla-Kreises) ab.“

115-11/2016

**Zu TOP 5.3 Antrag auf Wiedereinführung von Einzugsbereichen für Grund- und Regelschulen
Vorlage: AN/025/2016**

Zum Sachverhalt des Antrages wird von Herrn Scheffczyk vom Standpunkt der UBV-Fraktion auf die negativen Auswirkungen für die Schulstandorte bzw. die Schülerbeförderung sowie die daraus resultierenden Kosten hingewiesen. Eine Wahlmöglichkeit ist aus Sicht der UBV-Fraktion nicht in jedem Fall gegeben, sondern abhängig von den zeitlichen und finanziellen Möglichkeiten der Eltern.

Vom Landrat wird bei einer Rückkehr zu den Schuleinzugsbereichen eine Einschränkung der Wahlmöglichkeiten sowie damit einhergehend die Aufhebung des Wettbewerbes unter den Schulen gesehen. Der Plan der Landesregierung mit der Änderung des Schulgesetzes eine Festlegung hinsichtlich der Mindestschülerzahlen vorzugeben, wird nachteilig für die Entwicklung des ländlichen Raumes gesehen.

Seitens der CDU-Fraktion wird von Herrn Gruhner die vorhandene Wahlfreiheit der Eltern im Landkreis als hohes Gut eingeschätzt. Vorteile werden hierbei besonders für die kleinen Schulen gesehen, deren Erhalt im Fall der Umsetzung der Landesverordnung zum Schulgesetz in Frage steht. Bezüglich der Zukunft der Schulstandorte wird der Landrat mit einer abklärenden Stellungnahme durch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport beauftragt.

In der Diskussion erfolgen durch Frau Kanis, Frau Truschzinski, Herrn Dr. Rebelein, Herrn Sachse, Herrn Kalich und Herrn Gruhner weitere Einschätzungen zur Entwicklung der Grund- und Regelschulen nach erfolgter Öffnung der Einzugsbereiche bzw. wird sich für eine

Weiterführung der getroffenen Entscheidung ausgesprochen. Hinweise erfolgen u.a. zur Beachtung der weiteren demografischen Entwicklung der Bevölkerung, der Problematik der Schülerzahlen an der Regelschule Pöbneck, erfolgten Beratungen im Bildungsausschuss sowie einer erforderlichen Klarheit hinsichtlich des Referentenentwurfes zum Schuländerungsgesetz.

Dem **Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte** von Herrn Klimpke wird **mehrheitlich** zugestimmt.

Die Mitglieder des Kreistages lehnen den Antrag der UBV-Fraktion

**mehrheitlich bei
6 Ja-Stimmen**

ab und fassen somit folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises lehnt den Antrag der UBV-Fraktion AN/025/2016 (Antrag auf Wiedereinführung von Einzugsbereichen für Grund- und Regelschulen) ab.“

116-11/2016

Für die Zukunft wird von Herrn Dr. Rebelein auf die Vorgaben des § 8 der Geschäftsordnung für die Redebeiträge verwiesen sowie der Landrat aufgefordert, auf die ordnungsgemäße Einhaltung zu achten.

**Zu TOP 5.4 Antrag auf Aussprache zum Stand der Schadensregulierung beim
Radweg Burgk-Walsburg
Vorlage: AN/026/2016**

Laut Antrag wird von Herrn Scheffczyk um Informationen zum aktuellen Stand der Schadensregulierung des Radweges Burgk-Walsburg gebeten.

Von Herrn Nitsch werden Details des eingeleiteten Beweissicherungsverfahrens genannt. Zwischenzeitlich ist die Beauftragung eines Gutachters sowie die Aufnahme des Schadens vor Ort erfolgt.

Durch Herrn Heynisch wird ergänzt, dass parallel dazu die Fördermittelbeantragung weiter läuft und es sich bei den eingestellten HH-Mitteln um den erforderlichen Eigenanteil handelt. Auf die Nachfrage von Herrn Querengässer zur voraussichtlichen Dauer des Beweissicherungsverfahrens wird von Herrn Nitsch mitgeteilt, dass hierauf keine Einflussnahme besteht, sich dies derzeit noch im Rahmen eines allgemeinen Verfahrensablaufes bewegt.

**Zu TOP 5.5 Haushalt 2016 - Jugendpauschale
Vorlage: AN/027/2016**

Unter Hinweis auf die zu erwartenden höheren Zuweisungen des Landes für die Jugendarbeit wird durch Herrn Möller im Namen der Fraktion Die LINKE die vollständige Einstellung der

zusätzlichen Mittel sowie die feste Einplanung der Summe für die Zukunft wie im Beschlussvorschlag angeführt, beantragt.

Durch Herrn Keller ergeht die Zusicherung, dass in den Folgejahren die Summe von 750 T€ für die Jugendhilfepauschale sowie die zusätzlichen Mittel des Landes in der HH-Stelle der Jugendpauschale eingestellt werden. Hinsichtlich der Höhe des zusätzlichen Betrages der Landesregierung bleibt der Bescheid abzuwarten.

Von Frau Kanis wird ergänzend auf die zur Thematik im Jugendhilfeausschuss bereits erfolgte Diskussion sowie die Zusicherung des Landrates verwiesen.

Herr Möller erklärt sich mit der Verfahrensweise einverstanden und zieht den Antrag zurück.

**Zu TOP 5.6 Kommunale Koordinierung von Bildungsangeboten für
Neuzugewanderte
Vorlage: DV/005/2016**

Zum Sachverhalt wird von Herrn Gruhner auf die Vorteile einer guten Integrationsarbeit und in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung der Bildung sowie der Unterstützung durch den Landkreis aufmerksam gemacht. Mit der Schaffung einer kommunalen Koordinierungsstelle sollen entsprechende Bildungsangebote für Asylbewerber unterbreitet werden.

Auf den Hinweis von Herrn Kleindienst, dass es um Kosten zu sparen keiner Personalneueinstellung bedarf, wird vom Landrat über Ausschreibungsvorgaben der Richtlinie informiert bzw. die Stellenfinanzierung durch den Bund bestätigt.

Auf Wunsch von Herrn Dr. Rebelein wird den Fraktionsvorsitzenden die Förderrichtlinie per Mail weitergeleitet.

Die Mitglieder des Kreistages fassen

**mehrheitlich bei
1 Gegenstimme und
2 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt:

1. Einrichtung einer zusätzlichen Stelle ‚Bildungskoordinator‘ auf der Grundlage der Förderrichtlinie zur kommunalen Koordinierung der Bildungsangebote für Neuzugewanderte.
2. Die Einrichtung der Stelle erfolgt befristet für zwei Jahre und nur bei einer Vollfinanzierung der kommunalen Ausgaben.“

117-11/2016

Zu TOP 6 Zweite Lesung des Haushaltsplanes des Saale-Orla-Kreises für das

Haushaltsjahr 2016

Zu TOP 7 Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2016
Vorlage: KT/043/2016

Zu TOP 8 Beschlussfassung über den Finanzplan des Saale-Orla-Kreises mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015-2019
Vorlage: KT/044/2016

Vom Landrat wird vorgeschlagen, die Tagesordnungspunkte hinsichtlich der zweiten Lesung des HH-Planes sowie die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit dem HH-Plan und dem Finanzplan für das Jahr 2016 in einem Komplex zu beraten. Die eingegangenen umfangreichen Fragen der UBV-Fraktion wurden – außer der Teil Schloss Burgk aufgrund der notwendigen Herstellung der Nichtöffentlichkeit – vorab schriftlich beantwortet und als Tischvorlage ausgelegt. Über die erzielten Abstimmungsergebnisse aus den Vorberatungen der Ausschüsse wird informiert.

Unter der Vorgabe die Kreisumlage nicht weiter zu erhöhen, wird von Herrn Oppel der vorgelegte Haushalt positiv eingeschätzt und für eine Zustimmung geworben.

Von Herrn Scheffczyk und Herrn Kleindienst wird die Finanzierung des Vergleiches der Restitutionsansprüche Schloss Burgk hinterfragt. Aus Sicht der UBV-Fraktion erfordert dieser Fall keine Vertraulichkeit und werden daher die Anfragen zum Ausgleich mit der Erbgemeinschaft wie im Fragenkomplex nochmals angeführt. Hierzu wird vom Landrat und Herrn Hauck mitgeteilt, dass der Verhandlungsprozess noch nicht endgültig abgeschlossen ist bzw. auch nicht gefährdet werden sollte. Auf die der Erbgemeinschaft erteilte Zusage zur vertraulichen Behandlung wird verwiesen. Über die Frage der Fördermittelgebung, die geplanten Ratenzahlungen sowie der im Haushalt eingestellten Beträge wurden die KT-Mitglieder hinreichend informiert.

Der **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Dr. Völlm auf **Ende der Debatte** wird **mehrheitlich** (bei 12 Ja-Stimmen und 19 Gegenstimmen) **abgelehnt**.

Durch Herrn Dr. Hanna wird über die im Finanzausschuss erfolgten ausführlichen Beratungen berichtet. Unter Einbeziehung der vorgelegten Änderungsvorlage ist eine Empfehlung ergangen. Aufgrund des Prüfberichtes wird auch in den nächsten Sitzungen weiter Thema die Unterbreitung von Sparvorschlägen sein.

An der weiteren umfangreichen Diskussion zum Haushalt beteiligen sich Herr Kleindienst, Herr Heynisch, Herr Knüpfer, Herr Scheffczyk, Herr Gruhner, Herr Kalich, Herr Möller, Herr Fügmann, Herr Modde und Herr Ortwig.

Schwerpunkte der Aussprache sind u.a. eine aktuelle Kreisstraßennetzkonzeption als Grundlage der HH-Planung, die erfolgte Fenstersanierung an der Grundschule Triptis, Zahlungsrückstände der Kreisumlage bzw. einer daraus resultierenden Zinsberechnung, die Durchreichung der finanziellen Probleme vom Bund bis in die Kommunen sowie dadurch entstehendes Finanzrisiko, die Wichtigkeit der Position Schulsozialarbeit, die Zuführung zum Verwaltungshaushalt.

Herr Scheffczyk bittet, sein Abstimmungsverhalten und das von Herrn Kleindienst im Protokoll festzuhalten.

Der **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Ortwig zur **Herstellung der Nichtöffentlichkeit** zur Bekanntgabe der Details zu Schloss Burgk wird **mehrheitlich** (bei 5 Ja-Stimmen) **abgelehnt**.

Für die Haushaltssatzung mit dem Haushaltplan des Saale-Orla-Kreises fasst der Kreistag

**mehrheitlich bei
7 Stimmenthaltungen und
4 Gegenstimmen (Hr. Scheffczyk, Hr. Kleindienst)**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt die Haushaltssatzung des Saale-Orla-Kreises für das Haushaltsjahr 2016 in der als Anlage 1 der Niederschrift beigefügten Fassung.

Danach beträgt das Haushaltsvolumen im Verwaltungshaushalt: 106.766.050 €
und im Vermögenshaushalt: 24.631.300 €.

In den Haushaltsplanentwurf 2016, einschließlich seiner Anlagen, sind die Änderungen lt. Anlage 2 der Beschlussvorlage KT/043/2016 Veränderungsnachweis Verwaltungshaushalt und

Anlage 3 der Beschlussvorlage KT/043/2016 Veränderungsnachweis Vermögenshaushalt einzuarbeiten.

Der Vorbericht ist entsprechend anzupassen.“

118-11/2016

Über den Finanzplan mit Investitionsprogramm fassen die Mitglieder des Kreistages

**mehrheitlich bei
4 Stimmenthaltungen und
4 Gegenstimmen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises beschließt den Finanzplan des Saale-Orla-Kreises mit Investitionsprogramm für die Jahre 2015-2019 gemäß der als Anlage 1 der Beschlussvorlage KT/044/2016 beigefügten Fassung.“

119-11/2016

Herr Detko und Herr Oppel gehen 18:35 Uhr.

Zu TOP 9 Wahl eines Mitgliedes für den Verwaltungsrat der Kreissparkasse Saale-Orla

Durch den Landrat wird informiert, dass aufgrund des nunmehr vorliegenden rechtskräftigen Urteils in der Verwaltungsstreitsache Keil ein neues sachkundiges Mitglied des Verwaltungsrates der Kreissparkasse Saale-Orla zu wählen ist. Unter Hinweis auf ein Schreiben des Thür. Finanzministeriums vom Oktober 2009 ist die Fraktion Die LINKE vorschlagsberechtigt.

Von Herrn Dr. Hanna wird diese Verfahrensweise als nicht korrekt gesehen, da aus seiner Sicht die Aufteilung der Mitglieder des Verwaltungsrates das Wahlergebnis des Kreistages widerspiegeln muss.

Dem **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Kleebusch auf „**Auszeit**“ wird mehrheitlich (bei 14 Gegenstimmen) **zugestimmt**.

Pause: 18:45-18:55 Uhr

Vom Landrat wird gebeten, Herrn Schmidt für weitere Erläuterungen Rederecht zu erteilen, dem wird mehrheitlich zugestimmt.

Von Herrn Dr. Hanna wird die Auffassung vertreten, dass für die Person von Herrn Keil keine Wählbarkeit vorlag und somit keine Ersatzwahl stattfinden kann. Aus seiner Sicht besteht hierzu keine klare juristische Meinung.

Aufgrund dessen wird der **Geschäftsordnungsantrag** gestellt, die Wahl von der **Tagesordnung zu nehmen**, dem wird mit 21 Ja-Stimmen und 12 Gegenstimmen **zugestimmt**.

Der Tagesordnungspunkt ist damit **abgesetzt**.

Umfangreich wird von Herrn Schmidt auf die Bedeutung eines vollständig besetzten Verwaltungsrates sowie den Sachverstand und das Interesse des zu Wählenden hingewiesen. Im Zusammenhang mit der Wahl wird ebenso auf notwendige positive Außenwirkungen für die Sparkasse aufmerksam gemacht. Um Rechtssicherheit zu schaffen, wird die Vertagung der Wahl als bessere Lösung gesehen.

Auf die Anmerkung von Herrn Kleindienst zur Mitgliedschaft von Herrn Roßner als berufener Bürger im Verwaltungsrat wird vom Landrat mitgeteilt, dass hierzu von Herrn Roßner auf Schriftverkehr mit dem Thür. Innen- und Finanzministerium verwiesen wird, dass kommunalrechtlich keine Gründe gegen die Wahrnehmung sprechen. Dies wird auch von Herrn Schmidt von Seiten der Sparkassenaufsicht bestätigt.

Zum Hinweis von Herrn Scheffczyk, dass der UBV-Fraktion das Vorschlagsrecht zusteht, wird vom Landrat daran erinnert, dass im Jahr 2014 kein Wahlvorschlag der Fraktion vorgelegen hat.

Von Herrn Borchardt wird vorgeschlagen, dieses Problem erneut dem Finanzministerium vorzulegen. Die ursprüngliche Wahl von Herrn Keil ist nach seiner Auffassung nicht erfolgt, so dass daraus resultierend keine Ergänzungswahl stattfinden kann.

Zu TOP 10 Benennung einer(s) Demografie- und Generationsbeauftragten des Saale-Orla-Kreises

Von Frau Kanis wird zusammenfassend die Arbeit als Demografie- und Generationsbeauftragte des Saale-Orla-Kreises im vergangenen Jahres dargestellt und über die Zusammenarbeit mit verschiedenen Netzwerken bzw. der Teilnahme an diversen

Veranstaltungen etc. berichtet. Die festgelegten Aufgaben sind aus ihrer Sicht nicht ehrenamtlich zu bewältigen, so dass im Dezember der Rücktritt erklärt wurde.

Im Namen der SPD-Fraktion wird von Herrn Kleebusch für die Benennung Herr Klimpke vorgeschlagen. Herr Klimpke erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden und führt zur Begründung die Hoffnung auf entstehende Synergieeffekte durch seine Bürgermeistertätigkeit an.

Weitere Vorschläge gibt es nicht.

Die Mitglieder des Kreistages fassen

**mehrheitlich bei
3 Stimmenthaltungen**

folgenden Beschluss:

„Der Kreistag des Saale-Orla-Kreises benennt gemäß § 3 Abs. 5 Hauptsatzung des Saale-Orla-Kreises

Herrn Juergen K. Klimpke

als Demografie- und Generationsbeauftragten des Saale-Orla-Kreises.“

120-11/2016

Frau Martin geht 19:10 Uhr.

Zu TOP 11 Information Sachstand Asyl

Vom Landrat wird über die aktuellen Zahlen der aufgenommenen Asylbewerber, der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, der Verteilung, der Unterbringung, der Anzahl der Wohnungen und Gemeinschaftsunterkünfte etc. informiert. Auf der Internetseite des Landkreises sind ebenfalls die aktuellen Daten und Fakten eingestellt.

Durch Herrn Dr. Hanna wird die Haftung im Schadensfall durch Asylbewerber hinterfragt. Die Frage wird schriftlich durch die Verwaltung beantwortet.

Hinsichtlich der Pressemeldungen zu Verletzungen eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings in Pößneck wird von Herrn Kleindienst um weitergehende Informationen zum Sachstand gebeten. Von Frau Krasser wird über das Verfahren, die Zusammenhänge und den Ablauf von der Anfrage zur Aufnahme bis hin zur Unterbringung beim Träger berichtet. Aus Sicht des Jugendamtes waren alle Vorsichtsmaßnahmen hinreichend getroffen bzw. die Kinder der KITA zu keinem Zeitpunkt in Gefahr.

Zu TOP 12 Informationen/Sonstiges

Das aktuelle **Zahlenmaterial Jobcenter** wurde vor Sitzungsbeginn an die Fraktionsvorsitzenden sowie SIP und FDP verteilt.

In der Zeit vom 03./04.Juni 2016 ist der **Besuch des Partnerlandkreises Neuburg-Schrobenhausen** durch die Kreistagsmitglieder geplant. Ein kurzer Abriss des vorgesehenen Programmablaufes wird genannt. Den Kreistagsmitgliedern werden diese Informationen nochmals schriftlich zu gehen mit der Bitte um Rückmeldung hinsichtlich einer Teilnahme.

Zu TOP 13 Anfragen

Hinsichtlich der Anfrage der UBV-Fraktion zur Strafanzeige wegen unerlaubter Ablagerung gefährlicher Abfälle in der Gemeinde Göschitz wird von Herrn Scheffczyk die schriftliche Antwort angezweifelt. Die Ausführungen, dass das eingeleitete Strafverfahren mit der Begründung eingestellt wurde, dass ein Beschuldigter nicht zu ermitteln war, kann nicht nachvollzogen werden. Ausgehend davon, dass im Landratsamt entsprechende Unterlagen vorhanden sind, stößt die Antwort auf Verwunderung und ggf. zu Überlegungen, Antrag auf Strafvereitelung zu stellen.

Auf die Nachfrage welche Unterlagen vorhanden sind bzw. ob der Landkreis Antragsteller der Strafanzeige war, wird von Frau Butz ausgeführt, dass nach Rücksprache mit der Polizeiinspektion Schleiz Herr Hüttenrauch Antragsteller der Strafanzeige war.

Zur Frage von Herrn Dr. Völm, wann mit einer Beschlussfassung der Regionalen Planungsgemeinschaft hinsichtlich der Windkraftanlagen zu rechnen ist, wird vom Landrat bestätigt, dass im Frühjahr ein Ergebnis vorliegen wird.

Herr Klimpke und Herr Völm gehen 19:45 Uhr.

Der Landrat beendet den öffentlichen Teil der 11. Sitzung des Kreistages um 19:45 Uhr.

Die Niederschrift über den nichtöffentlichen Sitzungsteil liegt im Kreistagsbüro vor und kann dort eingesehen werden.

Függmann
Landrat

Beate Eismann
Schriftführerin